

19.5.2025

# **Gleichstellung und eigenständige Existenzsicherung erfordern die faire Teilung der Sorgearbeit!**

**Bewertung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU  
und SPD durch das Bündnis Sorgearbeit fair teilen**

Das Bündnis Sorgearbeit fair teilen begrüßt die grundsätzliche Zielsetzung von CDU, CSU und SPD, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie deren Durchsetzung als zentrales Anliegen ihrer Regierungsarbeit zu definieren, Familien in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen stärken zu wollen. Essenziell hierfür wie auch für die Beseitigung struktureller Benachteiligung und für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen ist die gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern. Wir begrüßen, dass die Koalitionspartner die faire Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit als eigenständige Zielsetzung formulieren. Die Vorhaben des Koalitionsvertrages sind jedoch größtenteils wenig konkret formuliert, ihre Ausgestaltung bleibt vage. Es kommt nun entscheidend darauf an, diese Zielsetzung mit passenden Maßnahmen und ausreichenden finanziellen Mitteln zu hinterlegen. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass die notwendigen Maßnahmen für eine faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit priorisiert werden.

Ohne die gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit kann die von der Koalition angestrebte Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht gelingen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung, die der Koalitionsvertrag als

entscheidenden Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes identifiziert. „Alle Register zu ziehen“, wie der Koalitionsvertrag es zur Fachkräftesicherung in den nächsten Jahren vorsieht, muss daher auch bedeuten, dass die Regierung zielführende Maßnahmen in der Pflege-, Steuer- und Finanzpolitik ergreift und zügig umsetzt.

Wenn Regelungen zur Erwerbs- und Sorgearbeit Gerechtigkeit fördern sollen, müssen sie den Lebensrealitäten der Betroffenen Rechnung tragen: Im Lebensverlauf Sorgeverantwortung zu übernehmen, ist nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall. Dies gilt zumindest für Frauen. Sie schultern nach wie vor den Hauptteil unbezahlter Sorgearbeit zu Lasten ihrer Gesundheit, ihres Wohlbefindens, ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihrer eigenen Existenzsicherung bis ins Alter. Beispielsweise haben langjährig pflegende Frauen, Mütter von pflegebedürftigen Kindern sowie alleinerziehende Mütter und ihre Kinder ein sehr hohes Armutsrisiko, das oftmals aus der ungleichen Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit resultiert.

Das Bündnis hält es für dringend notwendig, die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie weiterzuführen und die interministerielle Zusammenarbeit der Bundesregierung zu optimieren. Vor allem wird es darauf ankommen, ob darin tatsächlich zielführende Maßnahmen zur gerechten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern verankert und mit einer konkreten Umsetzungsperspektive versehen werden. Dabei ist den unterschiedlichen Realitäten von Menschen mit Sorgeverantwortung in verschiedenen Phasen des Lebenslaufs Rechnung zu tragen.

## **Bewertung einzelner Maßnahmen**

### **Arbeitsmarktpolitik und Erwerbsbeteiligung von Frauen**

Das Bündnis unterstützt das Ziel „mehr Arbeitszeitsouveränität“ – wenn damit geschlechtergerechte und sorgeorientierte Arbeitszeitmodelle ermöglicht werden. Die geplante Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit und die beabsichtigte Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit sowie steuerrechtliche Anreize für Überstunden stehen Vereinbarkeit und gerechter Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und

Männern entgegen. Denn sie belohnen die Übernahme von noch mehr Erwerbsarbeit durch diejenigen mit den vergleichsweise höheren Einkommen und den ohnehin längeren Arbeitszeiten – in Paarbeziehungen häufig die Männer. Im Ergebnis bleibt diesen noch weniger Zeit für unbezahlte Sorgearbeit und Frauen werden noch stärker in Sorgeverantwortung genommen. Das ist familien- und gleichstellungspolitisch kontraproduktiv.

Die Beendigung der Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen, die sich die Koalition zum Ziel setzt, ist eine wichtige Voraussetzung für die faire Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit. Aber nicht nur gleiche, sondern auch gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden. Die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie ist ein entscheidender Baustein dafür und muss so schnell wie möglich in deutsches Recht umgesetzt werden. Jede Verzögerung bedeutet Lohnverlust für Frauen. Daher heißt das Bündnis ein zügiges Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie ausdrücklich willkommen.

Ein jährliches Familienbudget für sogenannte “Alltagshelfer” für Familien mit kleinen Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen mit kleinen und mittleren Einkommen, durch das sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei haushaltsnahen Dienstleistungen staatlich gefördert werden soll, hält das Bündnis für sinnvoll. Hiermit wird die Vereinbarkeit von beruflichen Anforderungen und Familienpflichten erleichtert und Sorgearbeit aufgewertet. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden geschaffen und illegale, meist von Frauen erbrachte Arbeit in Privathaushalten wird reduziert. Wichtig ist dem Bündnis, dass haushaltsnahe Dienstleistungen insbesondere für Familien mit kleinen Einkommen erschwinglich sind. Es ist bedauerlich, dass das Vorhaben lediglich als Prüfauftrag in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

### **Pflege**

Die Zusammenführung des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes, flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten bei Freistellungsansprüchen für An- und Zugehörige sowie die Einführung eines Familienpflegegeldes fordert das Bündnis seit langem. (Teil-)Freistellungsregelungen sollten jedoch nicht nur zusammengeführt, sondern auch vereinfacht, verlängert und

flexibilisiert werden. Notwendig ist die sozial gerechte Ausgestaltung dieser Leistung, damit Menschen mit kleinen Einkommen wegen der Übernahme von Pflege nicht in Armut rutschen. Angesichts der Dringlichkeit dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ist es unverständlich, dass die Einführung des Familienpflegegeldes lediglich geprüft werden soll. Als Bündnis drängen wir darauf, eine Entgeltersatzleistung für Pflege zügig vorzubereiten und einzuführen. Es ist wichtig, dass bei der von der Koalition geplanten Pflegereform Möglichkeiten zur Stärkung der pflegenden Angehörigen nicht nur geprüft, sondern zeitnah umgesetzt werden. Die anvisierten Maßnahmen müssen zudem dringend von einem bedarfsgerechten Ausbau der professionellen Pflegeinfrastruktur begleitet werden.

Die anstehenden großen Herausforderungen im Bereich der Pflege können und dürfen nicht allein durch die Unterstützung und somit auch Förderung privat geleisteter Sorgearbeit bewältigt werden. Dies würde vor allem zu Lasten der eigenständigen Existenzsicherung und der Gesundheit von Frauen gehen.

### **Familienpolitik**

Die von den Koalitionspartnern vereinbarten Investitionen in frühkindliche Bildung und Ganztagsbetreuung in der Grundschule können wesentlich zur Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit beitragen.

Das Bündnis begrüßt das Vorhaben der Weiterentwicklung des Elterngeldes durch verstärkte „Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit, insbesondere mehr Väterbeteiligung in alleiniger Verantwortung“ ausdrücklich. Um dem Ziel der gerechten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit näherzukommen, sollte sich die geplante Veränderung der Anzahl und Aufteilung der Bezugsmonate des Elterngeldes am Leitbild der paritätischen Aufteilung orientieren. Das Bündnis spricht sich für die schrittweise Erhöhung der individuellen, nicht übertragbaren Elterngeldmonate aus und bedauert, dass eine entsprechende Festlegung nicht bereits im Koalitionsvertrag hinterlegt ist. Dabei darf es nicht zu Kürzungen der bisher geltenden Gesamtzahl an möglichen Bezugsmonaten kommen. Damit Alleinerziehenden kein Nachteil entsteht, ist wichtig, dass ihnen alle nicht übertragbaren Elterngeldmonate oder Partnerschafts-Boni voll zur Verfügung stehen. Erhöhte

Entgeltersatzraten und die spürbare Anhebung der Einkommensgrenze sowie des Mindest- und Höchstbetrages an die allgemeine Preisentwicklung sind für eine existenzsichernde und sozial gerechte Ausgestaltung des Elterngeldes zielführend und dringend notwendig.

CDU, CSU und SPD wollen Familien „insbesondere mit Blick auf die Zeit nach der Geburt“ unterstützen. Das Bündnis begrüßt diese Zielsetzung und erwartet, dass die zukünftige Regierung die Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes mit vollem Entgeltersatz endlich umsetzt.

### **Steuerrecht**

Das Bündnis kritisiert, dass die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und die Überwindung des Ehegattensplittings zugunsten der Individualbesteuerung im Koalitionsvertrag nicht verankert ist. Damit werden die im geltenden Steuerrecht verankerten Anreize für das sogenannte Ernährermodell bzw. das Zuverdienerinnenmodell aus i.d.R. männlichem Hauptverdiener und weiblicher Zuverdienerin fortgeschrieben, die der existenzsichernden Erwerbstätigkeit von Ehefrauen entgegenstehen.

Ebenso wie die geplante Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit und die beabsichtigte Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit widersprechen die geplanten steuerrechtlichen Anreize für Überstunden der Vereinbarkeit und gerechten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern. Denn sie belohnen Mehrarbeit und weniger Zeit für Familie vor allem bei Männern. Teilzeitbeschäftigte hingegen werden benachteiligt, was besonders Frauen zurückwirft. Deshalb halten wir eine solche Regelung für mittelbar diskriminierend und gleichstellungspolitisch kontraproduktiv.

### **Fazit**

Laut Koalitionsvertrag will die künftige Bundesregierung „Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Arbeit, Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu können“. Diese Selbstverpflichtung nimmt das Bündnis positiv zur Kenntnis. Das Bündnis fordert die Koalitionspartner auf, strukturelle Hürden abzubauen, die der partnerschaftlichen Verteilung von unbezahlter Sorge- und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern im Wege

stehen, gezielt Anreize für eine faire Verteilung zu setzen und die dafür notwendigen steuerlichen Mittel bereitzustellen.

Ein gleichstellungspolitischer Aufbruch für die faire Verteilung unbezahlter Sorgearbeit ist lange überfällig. Davon ist im Koalitionsvertrag wenig zu spüren. Während einige der geplanten Maßnahmen Schritte in die richtige Richtung darstellen, widersprechen andere Maßnahmen der Zielsetzung grundsätzlich. Weitere notwendige Schritte fehlen ganz.

Die Erfahrung vergangener Wahlperioden zeigt, dass im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben keine Gewähr dafür sind, dass sie auch umgesetzt werden. Deshalb wird es jetzt entscheidend darauf ankommen, dass die angekündigten Vorhaben, die zu einer gerechteren Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit führen, zeitnah konkretisiert und zügig umgesetzt werden. In diesem Sinne werden die Mitglieder des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen die Arbeit der Bundesregierung kritisch und konstruktiv begleiten.

## **Das Bündnis**

Das zivilgesellschaftliche Bündnis Sorgearbeit fair teilen setzt sich für die geschlechtergerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit im Lebensverlauf ein. Seine 32 Mitgliedsverbände haben sich zum Ziel gesetzt, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für den Gender Care Gap und seine Auswirkungen zu sensibilisieren und sich für die Schließung der Sorgelücke einzusetzen.

Weitere Informationen:

Website: [www.sorgearbeit-fair-teilen.de](http://www.sorgearbeit-fair-teilen.de)

Instagram: [@buendnis\\_sorgearbeit](https://www.instagram.com/buendnis_sorgearbeit)

LinkedIn: [@buendnis-sorgearbeit](https://www.linkedin.com/company/buendnis-sorgearbeit)

**Dem Bündnis gehören an:**

- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
- Bundesforum Männer e.V.
- Bundesverband der Mütterzentren e.V.
- Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.
- Care.Macht.Mehr
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz
- Deutscher Beamtenbund und Tarifunion – Bundesfrauenvertretung
- Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V.
- Deutscher Frauenrat e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Hauswirtschaftsrat e.V.
- Deutscher Verband Frau und Kultur e.V.
- evangelische arbeitgemeinschaft familie e.V. (eaf)
- Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e.V. (EVA)
- Evangelische Frauen in Deutschland e.V.
- Forum katholischer Männer (FkM)
- Frauenwerk der Nordkirche
- GMEI Gender Mainstreaming Experts International
- Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB)
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V.
- Männerarbeit der EKD
- Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V.
- SKM Bundesverband e.V.
- Sozialdienst muslimischer Frauen e.V. (SmF-Bundesverband)
- Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Union deutscher Zonta Clubs
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.
- WIR! Stiftung pflegender Angehöriger
- Zukunftsforum Familie e.V.